



Ein Jahr nach dem erneuten Einzug Donald Trumps ins Weiße Haus verschärft sich die transatlantische Tonlage spürbar. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron geht auf Konfrontationskurs – und erhält überraschend breite Rückendeckung aus dem politischen Lager seiner Gegner. Vom rechtspopulistischen Rassemblement National bis zur linksradikalen France Insoumise wird der Ruf laut, Europa müsse endlich mit einer Stimme sprechen – und auf Trumps wirtschaftlichen Druck reagieren.

Seit Januar 2025 ist Donald Trump zum zweiten Mal Präsident der Vereinigten Staaten. Wie erwartet, hat er die „America First“-Agenda nicht nur wiederbelebt, sondern konsequent verschärft. Strafzölle auf europäische Industrieprodukte, ein demonstrativer Rückzug aus multilateralen Abkommen und neue Haushaltsforderungen an NATO-Mitglieder markieren den neuen, alten Kurs Washingtons. Für Frankreichs Staatschef Emmanuel Macron ist damit der Moment gekommen, klare Kante zu zeigen.

Macrons neue Tonlage

„Man darf nicht der Einschüchterung nachgeben oder dem Gesetz des Stärkeren“, erklärte Macron in einer Ansprache anlässlich des Wirtschaftsgipfels in Davos. Der Präsident fordert ein selbstbewussteres Europa – wirtschaftlich wie sicherheitspolitisch. Paris drängt Brüssel, das sogenannte Anti-Coercion-Instrument der EU zu aktivieren – ein rechtliches Instrumentarium, das seit 2023 zur Verfügung steht, um auf wirtschaftliche Erpressung durch Drittstaaten mit Gegenmaßnahmen zu reagieren.

Die Eskalation erfolgt vor dem Hintergrund konkreter US-Maßnahmen: Anfang Januar hatte die Trump-Administration neue Strafzölle von bis zu 25 % auf europäische Elektrofahrzeuge angekündigt. Besonders betroffen: französische und deutsche Hersteller. Trump begründet die Maßnahme mit „unfairer Subventionierung“ durch die EU – ein Argument, das in Brüssel als Vorwand für protektionistische Industriepolitik gilt.

Einigkeit im politischen Spektrum

Bemerkenswert ist die innenpolitische Reaktion in Frankreich. Jordan Bardella, Parteivorsitzender des rechtspopulistischen Rassemblement National und ideologisch einst nicht weit entfernt von Trumps Agenda, zeigt sich kämpferisch: „Unsere Unterwerfung wäre ein historischer Fehler. Wir stehen für souveräne Nationen, die ihren Weg selbst bestimmen“, erklärte er in einem Interview mit *Le Figaro*. Die USA unter Trump seien kein verlässlicher Partner mehr – Europa müsse sich unabhängiger aufstellen.



Auch Jean-Luc Mélenchon, Führungsfigur der linksradikalen France Insoumise, sieht in der Konfrontation mit Washington eine geopolitische Chance. Auf X schrieb er: „Trump zerstört die Logik des atlantischen Blocks. Das eröffnet neuen Raum für eine multipolare Ordnung, für Souveränität und Nicht-Blockfreiheit.“ Mélenchon geht damit über die Kritik an der US-Wirtschaftspolitik hinaus – er begrüßt die Erosion des transatlantischen Konsenses ausdrücklich.

Selbst aus der Mitte-rechts-Partei Les Républicains kommt Unterstützung für Macrons Kurs – allerdings gepaart mit Kritik an seiner bisherigen Zurückhaltung. David Lisnard, Bürgermeister von Cannes und Vizepräsident der Partei, betonte in einem RTL-Interview: „Er hat recht, wenn er Stärke fordert. Aber das ist bislang reine Rhetorik. Diplomatie ohne Machtmittel ist wie Musik ohne Instrumente.“

Strategische Autonomie als europäische Nagelprobe

Die Rückkehr Trumps hat die Debatte um „strategische Autonomie“ in Europa neu entfacht – ein Konzept, das Macron seit Jahren propagiert. Gemeint ist eine größere Unabhängigkeit Europas, insbesondere von den USA, in sicherheits-, energie- und wirtschaftspolitischen Fragen. Doch während Paris auf mehr Eigenständigkeit drängt, sehen osteuropäische Staaten wie Polen oder die baltischen Länder in den USA weiterhin ihren wichtigsten Sicherheitspartner – gerade mit Blick auf Russland.

Auch innerhalb der EU gibt es Streit über den richtigen Umgang mit Trumps Zollpolitik. Deutschland, stark exportabhängig und wirtschaftlich eng mit den USA verflochten, agiert bislang deutlich vorsichtiger als Frankreich. Bundeskanzler Friedrich Merz hat zwar die US-Zölle kritisiert, setzt jedoch auf eine „Verhandlungslösung“ und warnt vor einer Eskalationsspirale.

Gleichzeitig zeigt sich, wie stark die transatlantischen Beziehungen im strukturellen Wandel begriffen sind. Die USA – ob unter Trump oder einem künftigen demokratischen Präsidenten – verfolgen zunehmend eine industriepolitische Agenda, die auf nationale Resilienz, Protektionismus und Technologieführerschaft abzielt. Für Europa bedeutet das: Anpassung oder Selbstbehauptung.

Der französische Schulterschluss gegen Trump markiert dabei einen strategischen Wendepunkt. Zum ersten Mal seit Langem scheint es parteiübergreifend einen Konsens zu geben, dass Europa sich nicht länger auf die wohlwollende Hegemonie der USA verlassen kann. Ob daraus ein gemeinsamer europäischer Kurs erwächst, bleibt jedoch offen.



Gegenwind aus Paris – Frankreichs Politik rüstet sich für Konfrontation mit Donald Trump

Autor: P. Tiko